

KOORDINIERUNGSSTELLE



UN-Dekade
für Menschen
afrikanischer
Herkunft
2015-2024

UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

Community-Veranstaltung – 16 Mal Schwarzes Leben in Deutschland

Dokumentation der Veranstaltung
vom 12. und 13. Mai 2023





Inhalt

Kapitel 1: Die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft	4
Informationen zur Entstehung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft	5
Entstehung und Zusammensetzung der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft	6
Kapitel 2: Community-Veranstaltung	7
Ziele und Überblick	8
Erster Tag: Einblicke in die Paneldiskussionen	8
Zweiter Tag: Themenschwerpunkte der Workshops	11
Kapitel 3: Ergebnisse der Workshops im Überblick	12
Ergebnisse im Überblick	13
Zusammenfassung und Ausblick	18
Abbildungsverzeichnis	21
Impressum	22

Kapitel 1

Die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

• Informationen zur Entstehung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

Menschen afrikanischer Herkunft, sei es als Nachkommen transatlantischer Sklaverei oder als Migrantinnen und Migranten der jüngeren Zeit, gehören weltweit zu den am stärksten marginalisierten Gruppen. Studien von nationalen und internationalen Organisationen zeigen, dass Menschen afrikanischer Herkunft nach wie vor eingeschränkten Zugang zu hochwertiger Bildung, Gesundheitsversorgung, angemessenem Wohnraum und sozialer Sicherheit haben. Ihre Situation bleibt oft unbeachtet und die Anstrengungen von Menschen afrikanischer Herkunft, ihre gegenwärtige Lage zu verbessern, werden bisher nicht ausreichend anerkannt und unterstützt. Sie erleben häufig Diskriminierung beim Zugang zur Justiz und sind in besorgniserregendem Maße Polizeigewalt ausgesetzt, die auf Racial Profiling beruht. Darüber hinaus ist ihre politische Teilhabe oft begrenzt, sowohl hinsichtlich der Wahlbeteiligung als auch der politischen Ämterbesetzung.¹

Im Jahr 2015 wurde als Reaktion darauf von der Generalversammlung der Vereinten Nationen die „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung“ ins Leben gerufen. Damit wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Rechte von Schwarzen, afrikanischen und afro-diasporischen Menschen zu stärken und zu verwirklichen sowie ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Die Dekade der Vereinten Nationen zielt darauf ab, die Anerkennung, die Rechte und die Entwicklung von Menschen afrikanischer Herkunft zu fördern und gleichzeitig rassistische Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen.

Wie von der Generalversammlung verkündet, lautet das Motto für die „Internationale Dekade der Menschen afrikanischer Abstammung“: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung. Konkrete Ziele der UN-Dekade lauten wie folgt:

- Die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten von Menschen afrikanischer Herkunft zu fördern, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkannt sind.
- Ein besseres Verständnis und eine größere Wertschätzung für die vielfältige Erbschaft, Kultur und den Beitrag von Menschen afrikanischer Herkunft zur Entwicklung der Gesellschaften zu fördern.
- Nationale, regionale und internationale Rechtsrahmen zur Beseitigung jeder Form von „Rassendiskriminierung“ anzunehmen und zu stärken sowie ihre vollständige und wirksame Umsetzung sicherzustellen.

Auf nationaler Ebene sollen Staaten konkrete und praktische Maßnahmen durch die Annahme und effektive Umsetzung von nationalen und internationalen Rechtsrahmen und Programmen ergreifen, um den Rassismus, die rassistische Diskriminierung und die damit verbundene Intoleranz, mit denen Menschen afrikanischer Herkunft konfrontiert sind, zu bekämpfen. Dabei soll vor allem die besondere Situation von Frauen, Mädchen und jungen Männern in Betracht gezogen werden.

1 Vereinte Nationen (2014). <https://www.un.org/depts/german/gv-69/band1/ar69016.pdf>, S. 4

• Entstehung und Zusammensetzung der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

Als Ergebnis des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus hat sich die Bundesregierung verpflichtet, eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft einzurichten. Am 25. Februar 2022 wurde die Koordinierungsstelle offiziell vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus – ins Leben gerufen.

Die Schaffung der nationalen Koordinierungsstelle hat das Ziel, die verbleibende Zeit der Dekade zu nutzen, um besondere Fragestellungen im Zusammenhang mit der spezifischen Situation von Menschen afrikanischer Herkunft zu thematisieren. Dabei sollen die Aktivitäten der Bundesregierung, der Länder sowie anderer Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft gebündelt werden. Bis Ende 2024 wird die Koordinierungsstelle Veranstaltungen und Fachgespräche organisieren, um das Bewusstsein für die Perspektiven und Lebenssituationen von Menschen afrikanischer Herkunft zu schärfen. Sie wird sich mit Anti-Schwarzen Rassismus (ASR) und damit verbundener Diskriminierung in der Gesellschaft und in Strukturen auseinandersetzen und Maßnahmen ergreifen, um dem entgegenzuwirken. Darüber hinaus wird sie die Gleichberechtigung der Schwarzen Communitys fördern. Ein weiteres Ziel besteht darin, das Erbe und die Kultur von Menschen afrikanischer Herkunft besser bekannt zu machen und zu respektieren, da beides entscheidend ist für eine erfolgreiche Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung gegenüber Menschen afrikanischer Herkunft. Die Aktivitäten der UN-Dekade dienen als Leitfaden für die Arbeit der Koordinierungsstelle.

Die Koordinierungsstelle setzt sich aus einer Geschäftsstelle, angesiedelt beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), und einem Beirat zusammen. Der Beirat besteht aus verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern, darunter:



Abbildung 1: Ansicht des Flyers der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2022) ©Photothek/Janine Schmitz

- Vertreterinnen und Vertreter Schwarzer zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Wissenschaft:
 - Prof. Dr. Maureen Maisha Auma
 - Elisabeth Kaneza, Kaneza Foundation for Dialogue and Empowerment e.V.
 - Kompetenznetzwerk von und für People of African Descent (KOMPAD)
 - Dr. Florence Samkange-Zeeb
 - Cornelius Steele, Afro Deutsches Akademiker Netzwerk
 - Virginia Wangare Greiner, Maisha e.V.
- Chandra-Milena Danielzik, Deutsches Institut für Menschenrechte
- Cemile Giousouf, Bundeszentrale für politische Bildung
- Maria Pape, Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein als Vertretung der Länder
- Natalie Schlenzka, Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- die beteiligten Ressorts der Bundesregierung (Bundesfamilienministerium, Bundesinnenministerium, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration/ Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus sowie Auswärtiges Amt).

Kapitel 2

Community- Veranstaltung

• Ziele und Überblick

Der Fokus der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft liegt vor allem auf den Themen Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung. Diese Schwerpunkte wurden auch im Rahmen eines ganz besonderen Ereignisses in den Blick genommen: Am 12. und 13. Mai kamen über 200 Vertreterinnen und Vertreter der Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communitys aus ganz Deutschland in Berlin zusammen. Unter dem Motto „16 Mal Schwarzes Leben in Deutschland“ standen die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Erfahrungen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in allen Bundesländern im Zentrum. Gemeinsames Vernetzen und konstruktive Workshops wurden genutzt, um sich über Fortschritte, Herausforderungen und Lösungsansätze im Umgang mit Anti-Schwarzen Rassismus auszutauschen sowie über die Stärkung und Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Rechte von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen.

Durch das Zusammenkommen der Teilnehmenden wurden Perspektiven und Bedarfe der Schwarzen Communitys deutlich, die für die zukünftige Arbeit des Beirats einen weiteren Baustein zur Umsetzung der UN-Dekade darstellen.

Fokus des Austauschs zwischen den Teilnehmenden waren unter anderem folgende Fragestellungen:

- Welche Bedarfe haben die Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communitys in Deutschland? Wie kann mehr Aufmerksamkeit für ihre Belange und Bedarfe erreicht werden?
- Auf welche Erfolge und Lernerfahrungen können die Communitys aus den einzelnen Bundesländern aufbauen und wie lassen sich diese auf weitere Bundesländer ausweiten?
- Welche Maßnahmen braucht es, um die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen afrikanischer Herkunft in allen Lebensbereichen und den Abbau von Anti-Schwarzen Rassismus sicherzustellen?
- Welche Forderungen haben Vertreterinnen und Vertreter der Communitys an die Regierungen von Bund und Ländern für die Umsetzung der UN-Dekade und darüber hinaus?



Abbildung 2: Begrüßung durch Prof. Dr. Maureen Maisha Auma (links) und Elisabeth Kaneza (rechts) © Photothek/Janine Schmitz

• Erster Tag: Einblicke in die Paneldiskussionen

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch zwei Mitglieder des Beirats zur UN-Dekade, Prof. Dr. Maureen Maisha Auma und Elisabeth Kaneza. Im Fokus des Beitrags standen die Belange von Menschen afrikanischer Herkunft sowie ihr Einsatz für Gerechtigkeit und Anerkennung der Menschenrechte. Darauf folgten Grußworte von Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und von Volker Meier, Leiter des Arbeitsstabs der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus. Der erste Tag der Veranstaltung war – neben einem Black Futures Café, bei dem die Teilnehmenden die Gelegenheit hatten, sich und ihre Arbeit vorzustellen und in den Austausch zu kommen – durch zwei Paneldiskussionen geprägt, in denen verschiedene Perspektiven auf die UN-Dekade und regionale Community-Initiativen präsentiert wurden.

Das **erste fachliche Panel** wurde von Peggy Piesche, Bundeszentrale für politische Bildung, moderiert und beschäftigte sich mit dem Thema „Perspektiven auf die UN-Dekade“. Im Rahmen dessen wurden regionale, nationale und transnationale Betrachtungen angestellt und in diesem Zusammenhang unter anderem die Ziele der UN-Dekade allgemein, der Afrozensus², Beispiele aus Berlin und die Mobilisierung aus den Communitys thematisiert.

2 <https://afrozensus.de/>, 2020

Teilnehmende des ersten fachlichen Panels waren:

- Prof. Dr. Maureen Maisha Auma | Technische Universität Berlin
- Daniel Gyamerah | Each One Teach One (EOTO) e.V.
- Elisabeth Kaneza | Kaneza Foundation for Dialogue and Empowerment e.V.
- Siraad Wiedenroth | Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V.



Abbildung 3: Moderation des ersten fachlichen Panels durch Peggy Piesche © Photothek/Janine Schmitz

Die Teilnehmenden des Panels gingen auf den Status quo und die Errungenschaften, die durch die UN-Dekade erreicht werden konnten, ein:

Die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft hat einen wichtigen Anerkennungsrahmen bereitgestellt – innerhalb dessen die Schwarzen Communitys als Teil einer pluralen, hyperdiversen³, postmigrantischen Gesellschaft einen Fokus zum einen auf den Abbau von Anti-Schwarzen Rassismus und zum anderen auf die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft legen konnten.

Im Rahmen des Panels wurden die sehr unterschiedlichen Bedingungen für einzelne Communitys in den verschiedenen Regionen (Stadt-Land-Gefälle) und Bundesländern deutlich.

Im Land Berlin gelang es, die Implementierung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft im Koalitionsvertrag von 2016 und ein weiteres Mal im Koalitionsvertrag derselben Koalition von 2021 zu verankern. Prof. Dr. Maureen Maisha Auma konnte hier von ihren eigenen Erfahrungen aus

dem communitybasierten Konsultationsprozess 2018 – Berliner Konsultationsprozess „Sichtbarmachung der Diskriminierung und sozialen Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft“ – berichten.⁴ Sie wies darauf hin, dass mit einer hohen Verbindlichkeit des Landes Berlin in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und afrodiasporisch-zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und selbstorganisierten Organisationen Instrumente zum Abbau von Anti-Schwarzen Rassismus diskutiert und eingesetzt wurden.

Bis 2022 galt das Land Berlin damit als Vorreiter für andere Bundesländer. Die neue Regierungskoalition hat die UN-Dekade jedoch nicht mehr im Koalitionsvertrag von 2023 verankert. Umso mehr hat die Community-Veranstaltung gezeigt, dass solche Austauschformate und Vernetzungsmöglichkeiten unabdingbar und von zentraler Bedeutung sind, um die Zusammenarbeit zwischen afrodiasporisch-zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und selbstorganisierten Vereinen und Organisationen sowie der Verwaltung zu ermöglichen.

Ebenso wurde in der Paneldiskussion deutlich, dass die Prozessbegleitungen zur diversitätsorientierten Organisationsentwicklung der Verwaltungen angestoßen werden müssen.

Eine weitere, im Rahmen der Paneldiskussion geäußerte Forderung war, dass nach Ablauf der UN-Dekade ein neuer Rahmen nötig sei, um die Ziele der UN-Dekade auch weiterhin zu verfolgen und nachhaltig zu verankern. Dazu forderte Daniel Gyamerah: „Da nicht sicher ist, ob und welchen Impuls es vonseiten der UN geben wird, benötigen wir eine davon unabhängige deutsche Strategie für Menschen afrikanischer Herkunft, die bereits jetzt in den Parteistrukturen auf den Weg gebracht werden muss, damit sie im nächsten Koalitionsvertrag verankert werden kann.“

Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Communitys leisten bedeutende Beiträge zum Verständnis, zur Analyse und zur Kritik an Rassismus sowie zu rassistisch geprägten Strukturen und Normen. Sie sind damit ein bedeutender und wesentlicher Teil des Fundaments einer rassismuskritischen Gesellschaft. Unabhängig von den jeweiligen Regierungskoalitionen ist es wichtig, diese gesellschaftsfundierende Arbeit anzuerkennen.

3 „Hyperdivers“ beschreibt in diesem Kontext die Vielfalt und Komplexität innerhalb der Schwarzen Communitys in Deutschland. Der Begriff reflektiert das breite Spektrum an kulturellen Hintergründen, Identitäten, Erfahrungen und Perspektiven, die innerhalb der Schwarzen Diaspora in Deutschland vorhanden sind. „Hyperdivers“ betont die Unterschiedlichkeit und gleichzeitig die Zusammengehörigkeit dieser Communitys, indem der Begriff auf die vielfältigen Facetten von Schwarzer Kultur, Geschichte, Sprache, Ethnizität und Identität hinweist.

4 Berliner Konsultationsprozess (2018). https://www.berlin.de/sen/lads/_assets/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/9_un_190805_so3.pdf

Das **zweite fachliche Panel** beschäftigt sich mit Community-Initiativen in Nord-, Ost-, Süd- und Westdeutschland und wurde von Jeff Kwasi Klein, Multitudes Foundation, moderiert.

Teilnehmende des zweiten fachlichen Panels waren:

- Eli Abeke | Bündnis14 Afrika
- Irene Appiah | Arbeitsgruppe ASR Hamburg
- Doreen Denstädt | Ministerin für Migration, Justiz und Verbraucherschutz in Thüringen
- Modupe Laja | ADEFRA e.V.
- Jessica Massóchua | Each One Teach One e.V.

Im zweiten fachlichen Panel präsentierten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Initiativen ihre Arbeit und tauschten sich zu den Herausforderungen und Erfolgen in ihren jeweiligen Regionen aus:

Irene Appiah berichtet in diesem Zusammenhang unter anderem von dem Forderungskatalog der Arbeitsgruppe Anti-Schwarzer Rassismus aus Hamburg, der grundlegende Handlungsempfehlungen an die hamburgische Politik, Wirtschaft und Gesellschaft formuliert. Zudem wird auf die Vereinigung Mandatsträger*innen Afrikanischer Abstammung (VMA) e.V. eingegangen. Dieser Verein setzt sich vor allem für die Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös verfolgte und Geflüchtete ein, wie auch für die Förderung der Jugendhilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

Aus der Region Süd wurden ebenfalls konkrete Beispiele für Initiativen genannt, die sich gegen Anti-Schwarzen Rassismus einsetzen. Das Engagement der „Afrojugend München“ in den bayrischen Jugendverbänden (KJR, BJR) führte beispielsweise dazu, dass die N-Wort-Stopp-Kampagne wahrgenommen und die Ächtung auf Landesebene wie auch vom Bayerischen Jugendring beschlossen wurde. Darüber hinaus wurde 2022 ein Münchner Positionspapier an den Oberbürgermeister und die Fraktionsmitglieder des Münchner Stadtrats verfasst, das die Anerkennung und Umsetzung der UN-Dekade durch die Landeshauptstadt München fordert.

Neben Initiativen und Organisationen wurden im zweiten Panel auch Lebensrealitäten für Schwarze, afrikanische und



Abbildung 4: Zweites fachliches Panel mit Jessica Massóchua, Eli Abeke, Irene Appiah, Doreen Denstädt, Modupe Laja und Jeff Kwasi Klein (von links nach rechts)
© Photothek/Janine Schmitz

afrodiasporische Menschen in den verschiedenen Regionen Deutschlands sichtbar gemacht.

Es wurde deutlich, dass sich die Rassismuserfahrungen und Lebensrealitäten von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen in Ostdeutschland auf andere Weise manifestieren als etwa im Norden oder Süden Deutschlands. Auch historisch bedingt gibt es in Ostdeutschland im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet Besonderheiten zu berücksichtigen, wie die Situation der Madgermanes, der ehemaligen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR aus Mosambik. In der Paneldiskussion wurde auch Bezug auf die geforderten Entschädigungen für ehemalige Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR im Rahmen des Magdeburger Memorandums⁵ und den Auswirkungen auf ihre Familien in Deutschland genommen. In diesem Kontext wurde ebenfalls die Initiative „12. August“⁶ hervorgehoben, die sich mit Rassismus und der rassistischen Gewalt in der DDR und deren Folgen auseinandersetzt.

Des Weiteren wurde die Frage aufgeworfen, wie rassistische Strukturen flächendeckend etabliert werden können, insbesondere in Bezug auf Racial Profiling.

Jessica Massóchua betonte die Bedeutung von Aufklärungs- und Bildungskampagnen, insbesondere für Lehrkräfte und Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Auch erklärte sie an einem Selbstbeispiel, wie sich die Definition der Identität und Zugehörigkeit in Ostdeutschland im Vergleich zu der in Berlin, das unter anderem durch sehr plurale, hyperdiverse, und gut vernetzte Schwarze Communitys geprägt ist, über die Zeit verändern kann.

5 Das Magdeburger Memorandum ist das Ergebnis der internationalen Tagung „Respekt und Anerkennung“, die sich 40 Jahre nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags zwischen der DDR und der Volksrepublik Mosambik und dem Abkommen zur zeitweiligen Beschäftigung mosambikanischer Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR vom 24. Februar 1979 mit den offenen Fragen aus den intransparenten Verträgen und erlittenem Unrecht beschäftigt hat. <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2020/11/memorandum-deutsch1.pdf>

6 Am 12. August 1979 starben Raúl García Paret und Delfín Guerra in Merseburg bei einer rassistischen Hetzjagd. Anlässlich ihres 40. Todestags gründete sich 2019 die Initiative „12. August“ und veranstaltete zum ersten Mal ein öffentliches Gedenken. <https://initiative12august.de/in-gedenken/initiative/>

Im Rahmen des Panels wurde gefordert, dass sich Bund und Länder erstens zur Umsetzung von Aktionsplänen verpflichten und zweitens eine bessere Integration von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen in Strukturen der Verwaltungen voranbringen. Doreen Denstädt nannte hierzu konkrete Beispiele aus ihrer früheren Tätigkeit als Polizeihauptkommissarin in der Vertrauensstelle der Thüringer Polizei, wo sie Maßnahmen zur Bekämpfung von Anti-Schwarzen Rassismus anstieß, wie zum Beispiel Anti-Rassismus-Seminare im Rahmen von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Polizei.

• Zweiter Tag: Themenschwerpunkte der Workshops

Der zweite Tag wurde durch eine Keynote von Saraya Gomis, Staatssekretärin für Vielfalt und Antidiskriminierung in Berlin a. D., eröffnet. Die Keynote wurde in Vertretung von Prof. Dr. Maureen Maisha Auma vorgelesen. Saraya Gomis bedankte sich bei all den Vereinen, Initiativen und Expertinnen und Experten der Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communitys, die über Generationen, auch im Sinne der Inhalte der UN-Dekade „Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“, meist ehrenamtlich und mit zum Teil hohen persönlichen Kosten arbeiten. Des Weiteren fordert sie, dass neben dem kommenden Demokratiefördergesetz auf Bundesebene es auch auf Landesebene entsprechende (weitergehende) Voraussetzungen zu schaffen gilt.

Der Fokus des zweiten Tages der Community-Veranstaltung war insbesondere auf eine Vertiefung des Austauschs ausgerichtet. Die Teilnehmenden sollten die Möglichkeit haben, ihre unterschiedlichen Erfahrungen, Positionierungen und Ansätze in verschiedenen thematischen Workshops mitzuteilen und gemeinsam mit anderen Teilnehmenden Hand-



Abbildung 5: Leitung des zweiten Workshops zum Thema struktureller und institutioneller Rassismus durch Marianne Ballé Moudoumbou © Photothek/ Xander Heint

lungsempfehlungen zu formulieren und ggf. auch Ansätze zur Lösung aktueller Problemlagen zu erarbeiten.

Im Verlauf des zweiten Tages wurden sieben Workshops in zwei Durchgängen angeboten, die sich auf folgende Themenschwerpunkte konzentrierten:

- Der Workshop zur *Herstellung von Chancengleichheit für afrodiasporische Vereine (ADAN e.V.)* beschäftigte sich vor allem mit der Frage, wie Schwarze Unternehmen gestärkt werden können und welche Maßnahmen es hierzu braucht.
- Der Workshop zum Thema *Struktureller und institutioneller Rassismus (ZAGD e.V.)* thematisierte die systematischen Formen von Rassismus in verschiedenen Bereichen und diskutierte Ansätze zur Überwindung dieser Phänomene.
- Die **Kaneza Foundation for Dialogue and Empowerment e.V.** leitete den Workshop *Post-2024: Welche Agenda wird nach Ablauf der UN-Dekade benötigt?* Hierbei wurden konkrete Forderungen erörtert, um die Belange der Schwarzen Communitys auch über die UN-Dekade hinaus auf Bundes- und Landesebene zu verstetigen.
- **ADEFRA e.V.** organisierte den Workshop *Rassismuskritische Fürsorge für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Professionelle*. In diesem Zusammenhang ging es vor allem um Entlastungsstrukturen für Menschen mit Rassismus- und/oder Diskriminierungserfahrungen.
- Der Workshop des Vereins **Maisha e.V.** widmete sich der *Gesundheitsförderung und Partizipation in afrikanischen Communitys*. Es wurden Handlungsempfehlungen formuliert, die aufzeigen, wie die Gesundheitsversorgung für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen verbessert und ihre Teilhabe am Gesundheitssystem gestärkt werden kann.
- **ADEFRA e.V.** organisierte ebenfalls den Workshop zum Thema *ASR in der Antidiskriminierungsberatung für Kitas und Schulen*. Gegenstand des Workshops war es, einen Überblick von durch Anti-Schwarzen Rassismus verursachte Barrieren für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen im Bildungswesen zu geben.
- Der **offene Workshop** bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, über diverse Themen im Zusammenhang mit Diversität und Vielfalt innerhalb der Schwarzen Communitys zu diskutieren und eigene Ideen und Anliegen einzubringen.

Kapitel 3

Ergebnisse der Workshops im Überblick

• Ergebnisse im Überblick

Einer der Schwerpunkte der Community-Veranstaltung lag auf der Formulierung von Handlungsempfehlungen und Forderungen durch die Teilnehmenden.



Abbildung 6: Teilnehmende aus dem Publikum © Photothek/Janine Schmitz

Workshop zum Thema „Herstellung von Chancengleichheit für afrodiasporische Vereine“ (ADAN e.V.)

Im Workshop zur *Herstellung von Chancengleichheit für afrodiasporische Vereine* (ADAN e.V.) wurden folgende Handlungsempfehlungen und Forderungen formuliert:

- **Verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten:**
Schaffung von vereinfachten Zugängen zu Finanzierungsmöglichkeiten, um Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen, die ein Unternehmen starten möchten, zu unterstützen
- **Ausbau der Weiterbildungsangebote:**
Erweiterung der Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich der Geschäftsentwicklung speziell für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen
- **Professionalisierung der Vermarktungsstrategien:**
Verstärken der Vermarktungsmöglichkeiten, um Unternehmen von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen zu fördern und bekannt zu machen
- **Etablierung von Anlaufstellen:**
Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen, bei der sie Unterstützung im Rahmen der Geschäftsentwicklung erhalten können.

Workshop zum Thema „Struktureller und institutioneller Rassismus“ (ZAGD e.V.)

Im Workshop zum Thema *Struktureller und institutioneller Rassismus* (ZAGD e.V.) wurden folgende Handlungsempfehlungen und Forderungen erarbeitet:

- **Etablierung von Anlauf- und Beschwerdestellen:**
Einrichtung unabhängiger Anlauf- und Beschwerdestellen innerhalb der Polizei, um Fälle von rassistischer Diskriminierung effektiv anzusprechen und zu bearbeiten
- **Stärkung des Empowerments:**
Information und Aufklärung an Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen über ihre Rechte, um selbstbewusst und handlungsfähig gegenüber der Polizei auftreten zu können. Entscheidend ist hierbei Empowerment und Sensibilisierung
- **Aufbau und Etablierung von sozialen Netzwerken:**
Stärkung des Zusammenhalts innerhalb der Schwarzen Communities, um gemeinsam gegen strukturellen und institutionellen Rassismus vorzugehen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Workshop zum Thema „Post-2024: Welche Agenda wird nach Ablauf der UN-Dekade benötigt?“ (Kaneza Foundation for Dialogue and Empowerment e.V.)

Im Workshop zum Thema *Post-2024: Welche Agenda wird nach Ablauf der UN-Dekade benötigt?* wurden folgende Handlungsempfehlungen und Forderungen erarbeitet:

- **Gesetzliche Maßnahmen und Institutionen:**
 - Einführung eines Bundesantidiskriminierungsgesetzes
 - Verstetigung der Koordinierungsstelle zur UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft, um auch nach Ablauf der UN-Dekade die Anliegen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland vertreten zu können und sichtbar zu machen
 - Einsetzen für eine Verlängerung der UN-Dekade durch die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen



- Selbstverpflichtung der Bundesregierung, die Inhalte des Aktivitätenprogramms der UN-Dekade auch über das Ende der Dekade hinaus als Grundlage für Maßnahmen gegen Rassismus und für das Empowerment der Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communitys in Deutschland zu nutzen
- Verankerung des Themas Anti-Schwarzen Rassismus bei der Antirassismusbeauftragten der Bundesregierung
- Einrichtung unabhängiger bundesweiter Beschwerdestellen und Landesbeschwerdestellen zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen der Polizei sowie im Bildungswesen
- Ernennen von Beauftragten für Anti-Schwarzen Rassismus
- Einrichtung von (Landes-)Koordinierungsstellen zum Schutz Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen
- **Aufklärung und Bewusstseinsbildung:**
 - Empowerment und Aufklärung Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen über ihre Rechte im Umgang mit der Polizei
 - Monitoring von rassistischen Einstellungen insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich
 - Einbeziehung von Anti-Schwarzen Rassismus als Querschnittsthema in allen Ministerien
 - Errichten von Gedenkstätten für Opfer rassistischer Diskriminierung
 - Anerkennung und Beteiligung von nichtstaatlichen Parteien in den Verhandlungen zum Völkermord an den Herero und Nama
 - Einrichtung von dekolonialen Schulgesetzen sowie Einrichtung von Black Studies an Hochschulen
- **Finanzielle Unterstützung und Ressourcen:**
 - Schaffung eines eigenen Fonds für Schwarze Belange (gefördert durch den Bund)
 - Schaffung einer Stiftung für Menschen afrikanischer Herkunft
 - Fortsetzung von Förderprogrammen, Stipendien und Unterstützung für Initiativen (wie zum Beispiel die PAD Week)
 - Einbindung von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen in Gremien bei Entscheidungen über Gelder in der Entwicklungszusammenarbeit
 - Strukturelle Förderung von Initiativen und afrikanischen Organisationen

- **Community-Beteiligung und Zusammenarbeit:**
 - Bildung einer Arbeitsgruppe zu den Anliegen von Menschen afrikanischer Herkunft, die Untersuchungsmissionen im Land durchführen
 - Stärkung des Zusammenhalts innerhalb der Schwarzen Communitys
 - Schaffen von Bündnissen mit Schwerpunkt UN-Dekade und den Kampf gegen Anti-Schwarzen Rassismus
 - Schaffen von Bündnissen und einem Netzwerk mit anderen Mitgliedstaaten der UN
 - Zielgruppenspezifische Förderung und Unterstützung
 - Eigenständige Behandlung von Anti-Schwarzen Rassismus



Abbildung 7: Präsentation der Workshopergebnisse durch Katja Kinder © Photothek/Xander Heint

Workshop zum Thema „Rassismuskritische Fürsorge für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Professionelle“ (ADEFRA e.V. – Schwarze Frauen in Deutschland)

Im Workshop *Rassismuskritische Fürsorge für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Professionelle* wurden folgende Handlungsempfehlungen und Forderungen formuliert:

- **Institutionelle Anerkennung und Sensibilisierung:**
 - Anerkennung der strukturellen Verankerung von Rassismus in Institutionen und Organisationen





- **Betrachtung der Auswirkung von Rassismus auf Gesundheit und Wohlbefinden:**
 - Bereitstellung von Entlastungsangeboten, die die Bedarfe und Lebenserfahrungen rassismuserfahrener Menschen berücksichtigen
 - Verwendung von Reflexionsformaten wie Supervision, Mediation und Coaching, die auf die verschiedenen Lebenserfahrungen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen eingehen können
 - Schaffung von Ausgleichsformaten, die die Bedarfe und Lebenserfahrungen rassismuserfahrener Menschen berücksichtigen
- **Stärkung diversitätsorientierter und rassismuskritischer Prozesse:**
 - Fokus auf die Veränderung normalisierter Strukturen, die Vorteile für Menschen mit wenig Diskriminierungserfahrung bieten
 - Auswahl und Entwicklung von Personal unter Berücksichtigung von diskriminierungskritischen Kriterien und externer Begutachtung und Begleitung des Personalgewinnungsprozesses
 - Veränderung der normativen Einstellungspraxen, Arbeitsabläufe und -routinen, um den Bedürfnissen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen gerecht zu werden
 - Berücksichtigung von Quoten zur Erhöhung der Diversität in staatlichen Organisationen
- **Stärkerer Einbezug von Schwarzen Communitys:**
 - Gestaltung der Kommunikation, Texte, Bilder und Förderprogramme, die wertschätzend und einladend sind und die Lebenserfahrungen rassismuserfahrener Menschen berücksichtigen
 - Einbeziehung von Expertisen aus der Zielgruppe Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen bei der Entwicklung von Projekten und Dienstleistungen
 - Sichtbarmachung und Rezentrierung des Wissens, der Wissensproduktionen und Expertisen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Institutionen

Workshop zum Thema „Gesundheit – Förderung und Partizipation in den afrikanischen Communitys“ (Maisha e.V. – African Women in Germany)

Im Workshop zum Thema *Gesundheit in Bezug auf die Partizipation und Teilhabe von afrikanischen Communitys* wurden folgende Handlungsempfehlungen und Forderungen erarbeitet:

- **Gesundheitssystem:**
 - Mitdenken von intersektionalen Aspekten und Diversität in der Gesundheitsversorgung
- **Forschung:**
 - Erforschen der Bedürfnisse Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Bezug auf Gesundheit
- **Sensibilisierung und Bildung im Gesundheitssystem:**
 - Erhöhen des Wissenstransfers zu Gesundheitsthemen für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen
 - Erarbeitung von Kampagnen gegen Stigmatisierung und strukturelle Benachteiligung von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen
- **Innovation:**
 - Berücksichtigung neuer Konzepte im Gesundheitsbereich in Zusammenarbeit mit Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen
- **Forderungen an Bund und Länder:**
 - Infrastrukturaufbau für die Gesundheitsbetreuung von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen
- **Gesetzesänderungen zur Aufhebung der strukturellen Diskriminierung:**
 - Gesetzliche Verankerung der professionellen Sprachvermittlung und Dolmetscherinnen und Dolmetscher in Pflege und Gesundheitswesen
 - Gesetzliche Verankerung von Diversität in der personellen Organisation von Pflege und Gesundheitswesen





- **Interkulturelle Berücksichtigung im Bereich medizinischer Ausbildung:**
 - Förderung und Verstetigung von Förderprogrammen und Stipendien für interkulturelle Medizin, speziell für nichtdeutsche und Schwarze, afrikanische und afrodiaporische Studierende
 - Erweiterung der Ausbildung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern im Gesundheitswesen in Bezug auf die Einstellung von sachkundigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aus den jeweiligen Communitys
- **Psychologische Themen:**
 - Erhöhung der finanziellen Unterstützung bei rassistisch bedingten Traumata
 - Entwicklung und Förderung von rassistensensitiven Therapien
 - Einrichtung von Safer Spaces und Mental-Health-Zentren für Schwarze, afrikanische und afrodiaporische Menschen
- **Diversität in der Pflege:**
 - Aufklärung und Sensibilisierung des Pflegepersonals zu den Themen Gender und Rassismus
 - Schaffen von Möglichkeiten zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch für Schwarze, afrikanische und afrodiaporische Menschen in der Pflege.



Abbildung 8: Austausch zwischen Teilnehmenden © Photothek/Janine Schmitz

Workshop zum Thema „ASR in der Antidiskriminierungsberatung für Kitas und Schulen“ (ADEFRA e.V. – Schwarze Frauen in Deutschland)

Im Workshop *ASR in der Antidiskriminierungsberatung für Kitas und Schulen* wurden folgende Handlungsempfehlungen und Forderungen formuliert:

- **Auf der strukturellen Ebene:**
 - Dekoloniale Begutachtung von Bildungsplänen und Bildungsprogrammen für Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen in allen Bundesländern
 - Dekoloniale Begutachtung von Rahmenlehrplänen für alle Schulformen in allen Bundesländern
 - Kultusministerkonferenz-Themensetzung (noch während der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft): „Rassistisch geprägte Normen im deutschen Schulsystem“ sowie Beauftragung einer Bestandsaufnahme und rassistischkritische Empfehlungen
 - Konzipieren einer rassistischkritischen Lehrkräftebildung in allen 16 Bundesländern
 - Erstellen von rassistischkritischen Standards für Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur höheren Bildung, inklusive politische und außerschulische Bildung
 - Paradigmenwechsel vom Integrationsparadigma hin zum rassistischkritischen Paradigma
 - Einrichten von unabhängigen Anlauf- und Fachstellen in jedem Bundesland
 - Konsolidierung rassistischkritischer Förderstrukturen: Ressourcen langfristig bereitstellen und nachhaltig, langfristige, gut finanzierte Projekte als Standard etablieren
 - Regelfinanzierung und Förderung von Schwarzen, afrikanischen und afrodiaporischen Kitastrukturen
- **Institutionelle Verantwortung – Institutionelle Antworten:**
 - Bereitstellen von institutionellen Unterstützungsstrukturen für rassistisch erfahrene Akteurinnen und Akteure in Kita und Schule (bspw. bei diskriminierungsrelevanten Statuspassagen wie bei Schulempfehlungen)
 - Stärkung der Vernetzung von rassistisch erfahrenen pädagogischen Fachkräften und Bereitstellung entsprechender Ressourcen





- Konzeption von intersektional-rassismuskritischer Fürsorge und Einführung dieser in allen Bundesländern
- Ausbildung von rassismuskritischen Kita-Beraterinnen und Kita-Beratern und Schulberaterinnen und Schulberatern systematisch in allen 16 Bundesländern, sowie diese mit Ressourcen ausstatten und begleitend fortbilden
- Unterstützung von Berufsverbänden rassismuserfahrener pädagogischer Fachkräfte für die unterschiedlichen Felder (verbunden mit zweijährlichen Fachkonferenzen und jährlichen Fach- oder Werkstattgesprächen)
- Erhöhung des Wissensstands zum Abbau und der Bekämpfung von ASR und Rassismus (auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene)
- Sicherung von kontinuierlicher rassismuskritischer Professionalisierung (Fort- und Weiterbildungsangebote)
- Aufbau von rassismuskritischen Reflexionsstrukturen für Lehrkräfte und Stärkung der Kritikfähigkeit mit Blick auf rassismusrelevante Diskriminierung, Marginalisierung und Exklusion
- Evaluation der finanziellen Ausstattung für rassismuskritische Angebote in Schule und Kita und auf der Grundlage von Bestandsaufnahmen in allen Bundesländern Pläne für rassismuskritisches Budgeting konzipieren
- Konzeption von intersektional-rassismuskritischen Konfliktschlichtungsstrukturen
- Einführung von Pflichtseminaren zum Abbau von ASR für pädagogische Fachkräfte mit unbefristeten Verträgen
- **Verstetigung von communitybasierten, selbstverwalteten Empowerment-Angeboten für alle Zielgruppen von Bildungsangeboten (Eltern, Lehrkräfte, Service- und Wachpersonal) auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene:**
 - Vernetzung auf Community-Ebene für Schul- und Kitapersonal
 - Einrichten von rassismuskritischen Austauschforen für alle Zielgruppen in Bildungseinrichtungen von Kita bis zur höheren Bildung
 - Aufbau von intersektional-rassismuskritischen Beschwerde- und Dokumentationsstellen, die communitygeleitet sind



Abbildung 9: Teilnehmende im Plenarraum © Photothek/Janine Schmitz

- **Rassismuskritische Elternarbeit:**
 - Empowerment und Beratung von rassismuserfahrenen Eltern
 - Entwicklung von Konzepten für eine intersektional-rassismuskritische Elternbeteiligung
 - Erhöhen des Wissens über Unterstützungsangebote, Beschwerdestellen und Rechte (vor allem für rassismuserfahrene Eltern)
- **Schülerinnen-und-Schüler-Perspektive:**
 - Stärkung von rassismuserfahrenen (mehrfachmarginalisierten) Schülerinnen und Schülern
 - Konzipieren von Empowerment-Patenschaften in Schulen von älteren rassismuserfahrenen Schülerinnen und Schülern für neu ankommende jüngere rassismuserfahrene Schülerinnen und Schüler, um Isolation beim Navigieren von rassistisch geprägten Barrieren entgegenzuwirken
 - Entwicklung einer Konzeption der parteilichen Krisenbetreuung und Begleitung für Kinder, die rassismusrelevante Diskriminierungserfahrungen gemeldet haben, damit diese den Beschwerdeprozess ohne Repressalien und Nachteile durchlaufen können und ohne erneut stigmatisiert zu werden
 - Rassismuskritische Befragung von subjektbezogenen und adultismuskritischen Partizipationsangeboten (intersektionale Perspektivierung von vorhandenen Konzepten der Beteiligung)





- Anerkennung von rassismuserfahrenen Kindern und Jugendlichen als Expertinnen und Experten ihres eigenen Lebens (Konzepte hierzu zur Verfügung stellen, überprüfen und einführen)
- Verankerung von rassismuskritischer Körperarbeit und Normalisieren der Sozialisation in Bildungseinrichtungen (ab der Kita als frühe Bildungsinstitution bis zur höheren Bildung inklusive akademischer Tagungen)
- Rassismuskritische Evaluation von Schulmaterialien
- Rassismuskritische Evaluation, Beratung und Begleitung der Schulbuchverlage
- Konzipieren von intersektional-rassismuskritischen Konzepten für die Erhöhung von Diversität und für eine realitätsangemessene Darstellung der hyperdiversen postmigrantischen Gesellschaft für Schulbuchverlage (oder in Zusammenarbeit mit Schulbuchverlagen).

Offener Workshop: Diversität und Vielfalt innerhalb der Schwarzen Communitys

- Achtung der Vielfalt innerhalb der Schwarzen Communitys
- Verstärken des Diskurses über Vielfalt innerhalb der Schwarzen Communitys.



Abbildung 10: Vernetzung der Teilnehmenden © Photothek/Janine Schmitz

• Zusammenfassung und Ausblick

Bei der Community-Veranstaltung „16 Mal Schwarzes Leben in Deutschland“ standen die Lebensrealitäten Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen im Mittelpunkt. Die Teilnehmenden tauschten sich über die Fortschritte und Herausforderungen im Kontext des Mottos der UN-Dekade „Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“ aus. Es war ein inspirierender Austausch, bei dem Erfahrungen aus verschiedenen Bundesländern geteilt wurden. Gemeinsam wurden praktische Handlungsempfehlungen erarbeitet, um die Belange und Bedürfnisse der Communitys anzuerkennen, einen Beitrag zur Stärkung und Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Rechte von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen und deren gesellschaftlicher Teilhabe zu leisten und entschlossen gegen Anti-Schwarzen Rassismus vorzugehen.



Abbildung 11: Teilnehmende der Veranstaltung © Photothek/Janine Schmitz

Die Veranstaltung umfasste Vernetzungsformate, wie beispielsweise das Black Futures Café, Panels, Workshops und eine Vorstellung der Ergebnisse. In den Panels wurden Perspektiven auf die UN-Dekade diskutiert und Initiativen aus ganz Deutschland präsentiert. Die Workshops behandelten Themen wie wirtschaftliche Teilhabe, strukturellen Rassismus, die Agenda nach Ablauf der Dekade und rassismuskritische Fürsorge. Die Veranstaltung endete mit einer Zusammenfassung der Workshopergebnisse und einer Reflexion der Veranstaltung.

Zusammenfassend lassen sich insbesondere die folgenden Handlungsempfehlungen und Forderungen aus den Workshops hervorheben:

- **Wirtschaftliche Teilhabe für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen:** Vereinfachte Zugänge zu Finanzierungsmöglichkeiten, erweiterte Weiterbildungsmöglichkeiten, Förderung der Vermarktungsmöglichkeiten und Schaffung einer zentralen Anlaufstelle zur Unterstützung.
- **Bekämpfung von strukturellem und institutionellem Rassismus:** Einrichtung unabhängiger Anlauf- und Beschwerdestellen innerhalb der Polizei; Aufklärung und Sensibilisierung Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen über ihre Rechte; Stärkung des Zusammenhalts innerhalb der Communitys und Schaffung von Solidaritätsnetzwerken.
- **Nachhaltige Agenda nach Ablauf der UN-Dekade:** Verstetigung der Koordinierungsstelle zur UN-Dekade und die Einrichtung von Landeskoordinierungsstellen; Inhalte des UN- Aktivitätenprogramms als Grundlage für Maßnahmen gegen Rassismus und zur Stärkung der Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communitys verpflichtend etablieren.
- **Rassismuskritische Fürsorge für Professionelle:** Anerkennung der strukturellen Verankerung von Rassismus, Bereitstellung von entlastenden Angeboten, Veränderung von Einstellungspraxen und Arbeitsabläufen, Einbeziehung der Expertise der Schwarzen Communitys und Förderung einer respektvollen Kommunikation.
- **Gesundheitsförderung in afrikanischen Communitys:** Intersektionale Gesundheitsversorgung, Forschung zu den Bedürfnissen der Zielgruppe, Sensibilisierung im Gesundheitssystem, Innovation in Zusammenarbeit mit der Zielgruppe, Infrastrukturaufbau, Gesetzesänderungen, interkulturelle Berücksichtigung in der medizinischen Ausbildung, psychologische Unterstützung und Diversität in der Pflege.
- **Antirassismuarbeit im Bildungswesen:** Aufbau von antirassistischen Strukturen, Schaffung von Austauschmöglichkeiten zwischen den Communitys, Unterstützung und Förderung Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Akteurinnen und Akteure im Bildungswesen, interkulturelle Öffnung des Bildungswesens, Reflexion der eigenen Rolle und Privilegien, Stärkung von Transparenz und Bewusstsein.



Abbildung 12: Vorstellung der Ergebnisse durch Alhaji Allie Bangura. © Photothek/Janine Schmitz

Diese Forderungen spiegeln die gemeinsamen Anliegen der Workshops wider und bilden die Grundlage für weitere Diskussionen und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland. Die Ergebnisse der Veranstaltung stellen somit einen Baustein für die weitere Arbeit des Beirats zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland und ihrer zentralen Ziele Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung dar.



Abbildung 13: Bericht der Tagungsbeobachtung mit Asha Wayah und Sally Riedel sowie der Moderatorin Alexandra Antwi-Boasiako (von rechts nach links). © Photothek/Janine Schmitz

Bericht der Tagungsbeobachtung:

Der Bericht der Tagungsbeobachtung zeigt verschiedene Sorgen, Erfolgsmomente und Empfehlungen im Zusammenhang mit der UN-Dekade und der Arbeit der Schwarzen Communitys auf. Die größte Sorge besteht darin, dass der Prozess der UN-Dekade langsam voranschreitet und sich schleppend entwickelt. Die Auswirkungen von COVID-19 und komplexe Abhängigkeitsdynamiken in der Community-Arbeit stellen weitere Hindernisse dar. Es wird betont, dass die Bedeutung der UN-Dekade und die Durchführung von Advocacy-Arbeit von den Schwarzen Communitys getragen werden und nicht vom Staat.

Finanzielle Unterstützung, langfristige Arbeit und Anerkennung sind weitere Frustrationspunkte.

Trotz der Sorgen werden auch Erfolgsmomente und Wertschätzung hervorgehoben. Die Resilienz der Communitys, erfolgreiche Ansätze wie Townhall Meetings und gesteigertes Bewusstsein für Diversität werden positiv erwähnt. Es wird anerkannt, dass jahrzehntelange Arbeit von Akteurinnen und Akteuren und Organisationen wichtig ist und die neue Generation weitere Fortschritte fordert.



Abbildung 14: Teilnehmende der Veranstaltung © Photothek/Janine Schmitz

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Ansicht des Flyers der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2022) ©Photothek/Janine Schmitz	6
Abbildung 2:	Begrüßung durch Prof. Dr. Maureen Maisha Auma (links) und Elisabeth Kaneza (rechts) © Photothek/Janine Schmitz	8
Abbildung 3:	Moderation des ersten fachlichen Panels durch Peggy Piesche © Photothek/Janine Schmitz	9
Abbildung 4:	Zweites fachliches Panel mit Jessica Massóchua, Eli Abeke, Irene Appiah, Doreen Denstädt, Modupe Laja und Jeff Kwasi Klein (von links nach rechts) © Photothek/Janine Schmitz	10
Abbildung 5:	Leitung des zweiten Workshops zum Thema struktureller und institutioneller Rassismus durch Marianne Ballé Moudoumbou © Photothek/ Xander Heidl	11
Abbildung 6:	Teilnehmende aus dem Publikum © Photothek/Janine Schmitz	13
Abbildung 7:	Präsentation der Workshopergebnisse durch Katja Kinder © Photothek/Xander Heidl	14
Abbildung 8:	Austausch zwischen Teilnehmenden © Photothek/Janine Schmitz	16
Abbildung 9:	Teilnehmende im Plenarraum © Photothek/Janine Schmitz	17
Abbildung 10:	Vernetzung der Teilnehmenden © Photothek/Janine Schmitz	18
Abbildung 12:	Vorstellung der Ergebnisse durch Alhaji Allie Bangura. © Photothek/Janine Schmitz	19
Abbildung 13:	Bericht der Tagungsbeobachtung mit Asha Wayah und Sally Riedel sowie der Moderatorin Alexandra Antwi-Boasiako (von rechts nach links). © Photothek/Janine Schmitz	19
Abbildung 14:	Teilnehmende der Veranstaltung © Photothek/Janine Schmitz	20

Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
11018 Berlin

Artikelnummer: 1BR218

Stand: 2023

Bildnachweis:

© Photothek Berlin
Janine Schmitz
Xander Heintl

Gestaltung:

zweiband.media Agentur für Mediengestaltung und -produktion GmbH
Salzufer 14, 10587 Berlin

Druck:

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Kontakt:

Bei Rückfragen zur Veranstaltung wenden Sie sich gern an die Geschäftsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft unter GSt-UN-Dekade@bafza.bund.de.

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
Referat 601 – Demokratie leben!, Berlin
Auguste-Viktoria-Straße 118, 14193 Berlin

Weitere Informationen zur Koordinierungsstelle:

www.bmfsfj.de/un-dekade



Disclaimer: Die aufgeführten Inhalte dieser Broschüre wurden mit großer Sorgfalt zusammengestellt und geprüft. Jedoch kann keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit oder Aktualität geleistet werden.

Auf die Verfügbarkeit und Inhalte externer Seiten, die durch die Nennung in dieser Broschüre erreicht werden können, hat der Herausgeber keinen Einfluss. Die Verantwortung für die Inhalte der externen Seiten trägt der jeweils dort im Impressum genannte Verantwortliche.

Die Inhalte der Kapitel „Kapitel 2: Community-Veranstaltung“ sowie „Kapitel 3: Ergebnisse der Workshops im Überblick“ geben die Meinung der Panel-Teilnehmenden wieder bzw. beruhen auf den Ergebnissen, die durch die Teilnehmenden der Community-Veranstaltung im Rahmen der Workshops erarbeitet wurden.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus





